

LAGE DER NATION

Clinton zieht positive Bilanz

Flourierende Wirtschaft, ein ausgeglichener Etat, weniger Gewalt - Bill Clinton ist mit der Entwicklung der USA zufrieden. In seiner Rede zur Lage der Nation erwähnte er seine Sex-Affäre nicht.

WASHINGTON ■ Überschattet von dem Senatsverfahren zu seiner Amtsenthebung hat US-Präsident Bill Clinton in seinem Bericht zur Lage der Nation demonstrativ eine Erfolgsbilanz gezogen und ehrgeizige Zukunftsprojekte angekündigt. Vor beiden Häusern des Kongresses in Washington und Millionen gespannter Zuschauer vor den Fernsehschirmen betonte Clinton am Dienstagabend (Ortszeit): „Meine lieben Landsleute, ich stehe vor ihnen, um zu berichten, daß die Lage unserer Union gut ist.“ Den Prozeß zu seiner Absetzung wegen Meineides und Rechtsbehinderung in der Lewinsky-Affäre erwähnte er mit keinem Wort. Er rief den Kongreß zu einer Zusammenarbeit „im Geiste der Höflichkeit und Überparteilichkeit“ auf.

Es war der siebte Rechenschaftsbericht Clintons und der erste durch einen Präsidenten, gegen den ein Absetzungsverfahren läuft. In dem Plenarsaal

des Repräsentantenhauses herrschte deshalb eine knisternde Spannung, als der 52jährige Demokrat seine innen- und außenpolitische Bilanz sowie seine Ziele für 1999 formulierte, darunter den Neubau oder die Modernisierung von etwa 5000 Schulen. Unter den Zuhörern beteiligten sich etliche nicht an dem stürmischen Begrüßungsbeifall, der traditionell einem Präsidenten vor dem Lagebericht gezollt wird.

„Amerika hat die längste Wirtschaftsexpansion in Friedenszeiten in unserer Geschichte geschaffen“, sagte der Präsident in seiner 77 Minuten langen, vielfach von Applaus unterbrochenen Rede. Erstmals in drei Jahrzehnten gebe es einen ausgeglichenen Bundeshaushalt, die Gewaltkriminalität sei auf dem niedrigsten Stand in einem Vierteljahrhundert gesunken, und die Umwelt die sauberste in diesen 25 Jahren. Die Arbeitslosigkeit habe den niedrigsten Stand seit 1957. International seien die USA „eine starke Kraft für den Frieden“.

69 Prozent der US-Bürger bescheinigten Clinton nach einer Gallup-Umfrage eine gute Arbeitsleistung. 70 Prozent sagten, sie seien mit der Lage im Land zufrieden - die meisten, seit Gallup 1979 diese Frage stellt. (dpa/AP)

KOMMENTAR SEITE 4

Kasseler Initiative fordert Väterbeauftragten für Hessen

KASSEL ■ Die Kasseler Initiative „Vater sein trotz Trennung“ hat von der Landesregierung die Ernennung eines Väterbeauftragten für Hessen gefordert. Der Mann solle Ansprechpartner für Familiengerichte, Jugendämter und Selbsthilfegruppen werden und darüber hinaus „wichtige gesellschaftliche Impulse geben“, teilte die Gruppe am Mittwoch mit.

Trennung und Scheidung führten in einer Familie oft zur

„totalen Vaterlosigkeit“: Viele Väter erlebten das Aufwachsen ihres Kindes nur sporadisch. Die psychologische Forschung habe aber belegt, daß Väter „schon ab Geburt eine unersetzliche Bezugsperson für ihr Kind“ seien, hieß es weiter.

Kindheit in Deutschland dürfe in Zukunft nicht „von abwesenden Vätern und überlasteten Müttern überschattet werden“, betonte der Verein. (dpa)

CASTOR-TRANSPORTE

Hinz: Wir müssen den Kopf hinhalten

KASSEL ■ Hessens Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) erwartet keine Probleme, falls demnächst wieder Castor-Transporte durchs Land rollen

VON WOLFGANG BLIEFFERT

müßten. Dies sei zwar eine „unangenehme Entscheidung“, dafür müßten die Grünen in der Regierung „aber den Kopf hinhalten“, sagte sie während eines Redaktionsgesprächs unserer Zeitung in Kassel.

Den eigenen Anhängern müsse vermittelt werden, daß deutscher Atom Müll aus den französischen und britischen Wiederaufarbeitungsanlagen in die deutschen Kernkraftwerke zurückgenommen werden muß. „Dafür trägt unsere Generation eine politische Verpflichtung“, auch wenn man die Wiederaufarbeitung stets abgelehnt habe.

Dieses Dilemma sei aber nur auszuhalten, wenn klar sei, daß der Atomausstieg tatsächlich stattfinde und das Ende der



Spitzenkandidatin der Grünen: Umweltministerin Priska Hinz (Archivfoto: Fischer)

Wiederaufarbeitung gesichert sei. Mit der auf den Weg gebrachten Atomrechtsnovelle sei dies geschehen. Die Ministerin, Spitzenkandidatin ihrer Partei für die Landtagswahl am 7. Februar, betonte, daß bei den Atomkraftwerken dringend Zwischenlager ausgewiesen werden müßten. Außerdem bestehe die Möglichkeit, Atom Müll in Frankreich zwischenzulagern. Dies werde gegenwärtig ausgelotet.

Als gefährliche Spaltungsdiskussion bezeichnete die Ministerin die gegenwärtig laufende

Unterschriftenaktion der hessischen CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Die CDU habe es geschafft, Leute zu mobilisieren, die gegen Ausländer generell seien. „Diese Geister wird die CDU nicht mehr los“, sagte Hinz.

CDU-Spitzenkandidat Roland Koch habe auf diese „infame Begleitmusik“ zu seinem Wahlkampf gesetzt, weil die CDU keine anderen Themen vorweisen könne. Ein komplexes Problem wie die Integration von Ausländern könne auch auf der Straße diskutiert werden, räumte die Ministerin ein. Dafür seien dann aber sachliche Informationen und ein rationaler Diskussionsstil notwendig. Beides habe die CDU vermissen lassen, beklagte die Grünen-Politikerin.

Optimistisch äußerte sich die Ministerin hinsichtlich des koalitionsinternen Streits um den möglichen Ausbau des Frankfurter Flughafens. Eine Vereinbarung zu dieser Frage müsse

auf jeden Fall in den nächsten Koalitionsvertrag hineingeschrieben werden, forderte Hinz. Die Grünen negierten keinesfalls die wirtschaftliche Bedeutung des Airports in Frank-



furt. Ein Ausbau sei aber „Blödsinn“, wenn zur gleichen Zeit der Kölner Flughafen nicht ausgelastet sei und schon bald eine leistungsfähige ICE-Strecke zwischen Frankfurt und Köln existieren werde. Notwendig sei eine Kooperation der wichtigsten bundesdeutschen Flughäfen und eine Verlagerung von Verkehr auf die Schiene, meinte die Ministerin. Sie ist optimistisch, daß mit dem Koalitionspartner SPD „die Kuh vom Eis geholt werden kann“.

METALLINDUSTRIE

Bundesweiter erster Warnstreik in Göttingen

GÖTTINGEN ■ Rund 400 Beschäftigte des Göttinger Metallunternehmens Mahr haben gestern für eine Stunde die Arbeit niedergelegt. Mit dem bundesweiten ersten Warnstreik in dieser Branche wollten die Mitarbeiter gegen ein Firmenangebot protestieren, das 2,5 Prozent mehr Gehalt rückwirkend zum 1. Januar 1999 und eine Einmalzahlung von 700 Mark vorsieht. Die Unternehmensleitung will außerdem die Gehälter im Jahr 2000 um weitere 2,5 Prozent erhöhen.

Die Industriegewerkschaft Metall lehnte das Angebot ab. Die betriebliche Tarifkommission fordert nach Angaben der Gewerkschaft einen Haustarifvertrag und, wie in der gesamten Metallindustrie, 6,5 Prozent mehr Einkommen.

Das Unternehmen war zum

Ende des Jahres 1998 aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Davon versprach sich die Firmenleitung „Handlungsfähigkeit bezüglich der Arbeitsverträge“. Der Schritt war bei der Gewerkschaft auf Unverständnis gestoßen. Durch den Austritt endete die Friedenspflicht für die Beschäftigten bereits am 1. Januar.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hat unterdessen die Forderung nach einem differenzierten Tarifabschluß in der Metallindustrie unterstrichen. Er forderte einen Abschluß „deutlich unter dem Produktivitätszuwachs“, ohne sich auf Zahlen festzulegen. Ein Drittel der Betriebe in der Metall- und Elektroindustrie befände sich in „beträchtlichen Ertragschwierigkeiten“. (dpa/red)

Schlechtes Betriebsklima führt zu Einbußen

GÜTERSLOH ■ Die Flucht in die „innere Kündigung“ ist in der deutschen Wirtschaft weit verbreitet und führt zu erheblichen finanziellen Einbußen. „Durch Arbeitnehmer, die sich wegen des schlechten Betriebsklimas häufig krank melden, entstehen den Unternehmen jährlich Kosten von fast 100 Milliarden Mark“, sagte der Bielefelder Gesundheitswissenschaftler Bernhard Badura bei einer Konferenz der Bertelsmann Stiftung und des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen in Gütersloh.

Viele Mitarbeiter könnten nach Ansicht Baduras besser arbeiten, wenn das Betriebsklima besser wäre und autoritäre Führungs- und Organisationsstrukturen beseitigt würden. Oft würden auch Betriebsärzte nicht in gesundheitsrelevante betriebliche Planungen einbezogen. (dpa)

Krankenstand erreichte 1998 Rekordtief

BONN ■ Die krankheitsbedingten Fehlzeiten in den Betrieben haben im vergangenen Jahr nach vorläufigen Zahlen ein Rekordtief seit der Vereinigung Deutschlands erreicht. Ein Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums erklärte am Mittwoch in Bonn, die Beschäftigten seien 1998 insgesamt 4,13 Prozent ihrer Sollarbeitszeit krank gemeldet gewesen. 1995 seien es noch 5,08 Prozent und 1991 4,9 Prozent gewesen. In Arbeitstage ließen sich diese Prozentsätze nicht ausdrücken, weil es keine Basis für die Berechnung gebe.

Ursache für den Rückgang der Fehlzeiten ist nach einem Bericht der Zeitung „Die Welt“ vor allem die Furcht um den Arbeitsplatz in Zeiten hoher Erwerbslosigkeit. Das Gesundheitsministerium wollte dazu keine Stellung nehmen. (AP/dpa)

Kollektions-Wechsel 98/99

Nordhessens größtes Marken-Möbelhaus reduziert!

Markenmöbel günstig wie nie! Bei Hämel!



Reduziert! Reduziert! Reduziert! Reduziert!
WSV vom 25.1.99 - 6.2.99
In unserer Matratzen- und Teppichabteilung!

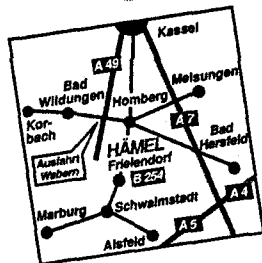
MÖBEL HAMEL
Das Marken-Möbelhaus

Das können Sie sofort haben:

- Aus unserer großen Polsterschau **61 Polstermöbel** Reduziert!
- Aus unserer großen Wohnschau **50 Anbauwände** Reduziert!
- Aus unserer Schlafzimmer-Abt. **18 Schlafzimmer** Reduziert!

- Aus unserem großen Küchen-Studio **15 Einbauküchen** Reduziert!
- Aus unserer Speisezimmer-Abt. **22 Speisegruppen** Reduziert!
- Aus unserer Einzelmöbel-Abt. **64 Einzelmöbel** Reduziert!

Finanzierungskauf, **Nur 1,9%** bei einer Laufzeit von 9 Monaten.



Frielendorf direkt an der B 254
Telefon (0 56 84) 9 99 40

Wir freuen uns auf Sie: Mo - Fr 9.30-19.00 Uhr, Samstag 9.30-16.00 Uhr

0010271620

- HAMEL
- ROLF BENZ
- brühl
- M
- hOster
- interlÜbke
- TEAM7
- LEOLUX
- dyrlund
- LEICHT